

Kommunalwahlen

verlangen unseren vollen Einsatz, nicht nur von den Kandidaten.

Seite 3, 9, 10

linksjugend [‘solid]

ist gekommen, um zu bleiben. Neue Jugendgruppe gegründet.

Seite 7

Menschenrechte

bleiben nach wie vor ein großes Thema in Tibet.

Seite 2, 3

DIE LINKE. AKTUELL

www.dielinke-teltow-flaeming.de

15. Jahrgang, 159. Ausgabe, Juni 2008

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

DIE LINKE fordert:

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente!

Jahrzehntelang herrschte zwischen den Generationen Frieden. Die Jungen finanzierten den Lebensabend der Älteren. Angestellte und Chefs zahlten denselben Beitrag in die gesetzliche Versicherung. Dann öffneten die Regierungen Schröder (SPD) und Merkel (CDU) das Versicherungssystem für private Finanzdienstleister. Konzerne wie Allianz und AWD wollen seitdem an den Renten der kleinen Leute verdienen. Um Kunden zu gewinnen, halten sie, das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu zerstören.

Heute zahlen Beschäftigte deutlich mehr als ihre Arbeitgeber. Zwar zahlen beide rund zehn Prozent des Bruttolohns in die gesetzliche Rentenversicherung. Die Beschäftigten sind aber gezwungen, zusätzliche sechs Prozent privat anzulegen, um im Alter ihren Lebensstandard zu halten.

Die Zeche zahlen die Frisöre, Wachschützer, Kassiererinnen von heute: Sie verdienen in ihren Jobs zu wenig, um privat vorzusorgen. Wer in den nächsten 20 Jahren rund 1900 Euro brutto im Monat oder weniger verdient, be-

kommt im Alter nur Sozialhilfe. Die Lösung: eine solidarische Erwerbstätigen-Rente. Ob Juristin, Sekretär oder Beamtin – alle Menschen mit Einkommen zahlen in eine Versicherung ein. Und Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen dieselben Beiträge zur Versicherung, nämlich rund 14 Prozent. Das ist gut für die Beschäftigten: Sie erhalten Renten, die ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen. Und sie behalten mehr vom Brutto übrig.

Aus: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Nr. 9

Geschafft!

In Brandenburg wird es ab dem 1. September ein Mobilitätsticket für Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener und Asylbewerber geben.

Am 22. Mai 2008 beschloss der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) die Einführung der Monatskarte zum halben Preis.

Somit konnten die Initiatoren des Volksbegehrens für ein Sozialticket in Brandenburg (DIE LINKE, Gewerkschaften und Sozialverbände) die Unterschriftensammlung vorzeitig beenden. Das Mobilitätsticket soll als persönliche, gleitende Monatskarte zunächst für zwei Jahre eingeführt wer-



den, der Preis beträgt 50% des regulären Kartenpreises.

Weitere Informationen zur aktuellen Entwicklung, sowie Voraussetzungen für den Bezug des Monatstickets folgen in der nächsten Ausgabe.

Tina Senst, Luckenwalde

Widerstehen. Sagen, was ist. Die Politik verändern.

Erfolgreicher 1. Bundesparteitag

Wir gratulieren herzlich Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zur Wiederwahl als Doppelspitze der LINKEN sowie allen Mitgliedern des neuen Bundesvorstandes, der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission zu ihrer Wahl.

Kreisverband Teltow-Fläming

**Dr. Ulryk Gruschka, Vorsitzender des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins
Ludwigfelde e.V. :**

Die Menschenrechtskampagne gegen China

Ein Standpunkt - Teil II

Die tibetische Feudalklasse setzte jedweder Reform in der Verwaltung, im Bildungswesen, am gesellschaftlichen System entscheidenden Widerstand entgegen und war nicht bereit, auf Privilegien zu verzichten. Sie zettelte 1959 mit finanzieller und materieller Hilfe der CIA eine militärische Auseinandersetzung an, in deren Folge sie vertrieben wurde.

Jetzt erst konnte die demokratische Reform zum Sturz der feudalen Herrschaftsklasse und zur Abschaffung des Systems der feudalen Leibeigenschaft durchgeführt werden. Durch die demokratische Reform wurde das System der feudalen Leibeigenschaft, das System der Einheit von Politik und Religion, in dem die Diktatur der Oberschicht der Mönche und der feudalen Adligen vorherrschte, abgeschafft. Im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen verließ der Dalai Lama Tibet.

Wer ist nun der Dalai Lama ?

Von bestimmten Kreisen wird der Dalai Lama gerne noch als „einfacher Mönch“, als „Spirituelle Persönlichkeit“ präsentiert, der ganz im Geiste Gandhis der angeblich „völkerrechtswidrigen chinesischen Besetzung Tibets“ einen resoluten, passiven, friedlichen Widerstand entgegengesetzt.

Ja, er erhielt 1989 sogar den „Friedensnobelpreis“, obwohl er das Gegenteil eines Pazifisten ist. Aber der „Gott – König“, nichts anderes bedeutet „Dalai Lama“, ist nicht der „kleine unbedeutende Mönch“, als der er sich in gespielter Bescheidenheit ausgibt, sondern rigoroser Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Interessen seiner feudalistischen Klasse. Der Dalai Lama unterscheidet sich durch nichts von anderen, nicht demokratisch gewählten Monarchen, absolutistisch regierenden Feudalherren, die in verschiedenen Regionen der Welt auch

heute noch ihre Untertanen ausbeuten. Trotz seiner im ersten Teil seines Titels suggerierten Nähe zu Gott ist er vor allem König und folglich ein Politiker.

Er kämpft für die Unabhängigkeit Tibets, um die Wiedereinführung der Privilegien seiner Klasse in Tibet, zu der auch die Sklavenhalterei und Leibeigenschaft gehörten, für die Macht der Oberschicht der Mönche und der feudalen Adligen.

Bevor er 1959 nach dem blutigen, durch ihn mit angezettelten, gegen die demokratischen Reformen gerichteten Umsturzversuch geflohen war, besaß allein die Familie des Dalai Lama über 3.000 Leibeigene. Er war damit der größte Feudalherr und Ausbeuter von Leibeigenen in Tibet und hat damit überhaupt das Recht verwirkt, über Menschenrechte zu reden. Dass der Dalai Lama von vielen westlichen Politikern und Medien als „Verfechter der Menschenrechte“ hingestellt wird, ist die größte Ironie der Weltgeschichte, die es je gegeben hat.

Seit den demokratischen Reformen hat sich für die tibetische Bevölkerung vieles zum Positiven verändert:

-Die Versorgung mit Nahrung und Kleidung, die medizinische Versorgung sind gesichert. Der Lebensstandard steigt langsam.

-Die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 36 Jahren 1950 auf jetzt 67 Jahre gestiegen.

-Landwirtschaftliche Steuern wurden abgeschafft.

-1950 besuchten knapp 2 % der Kinder eine Schule, 2004 = 94,7 %.

Der Schulbesuch bis zum Hochschulabschluss ist für Tibeter kostenlos.

-Tibetische und chinesische Sprache werden gleichberechtigt gelehrt, wobei der tibetischen Sprache Priorität eingeräumt wird.

-Die Bevölkerungszahl ist von einer Million 1950 auf 2,74 Millionen im Jahr 2004 gestiegen. Bei der Familienplanung gilt für Tibeter:

-in Städten zwei Kinder, in ländlichen Gebieten gibt es keine Beschränkung.

-Investitionen in die Infrastruktur (Straßenbau, Bau der Eisenbahnstrecke nach Lhasa, Anlegen von Flugplätzen, Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bildungswesen u.a.) erfolgten in großem Maße.

Ein Argument westlicher Propaganda ist, dass die Zentralregierung die religiös-kulturelle Identität des tibetischen Volkes vernichtet und systematisch Tempel zerstören lässt. Fakt ist, dass während der Kulturrevolution (1966 - 1976) in ganz China religiöse Stätten und Einrichtungen, so auch in Tibet, zerstört wurden. Seit 1980 sind erhebliche finanzielle Mittel sowie Gold und Silber zur Rekonstruktion und Renovierung von Klöstern und Heiligtümern zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt sind 1700 religiöse Stätten wiederhergestellt und religiöser Nutzung zugeführt worden. Der Potala-Palast wurde zum Weltkulturerbe erklärt.

Die Respektierung der Religionsfreiheit und der kulturellen Eigenständigkeit sind in der Verfassung garantiert und konkrete Realität.

Ein weiteres Argument in der Hysterie der gegenwärtigen Medienlandschaft ist die gezielte Überbevölkerung Tibets mit Han-Chinesen. Man spricht davon, dass nur noch ca. 50 % der Bevölkerung Tibeter wären. Das ist eine glatte Lüge.

Die letzte Volkszählung 2003 in Tibet ergab eine Gesamtbevölkerung von: 2.592.113 Menschen, davon 2.464.742 = 95,4 % Tibeter.

In einigen Großstädten mag das Verhältnis minimal abweichen. Von einer

Fortsetzung auf Seite 3

Die Kommunalwahlen fordern Aufmerksamkeit

Die Basisorganisationen des Ortsverbandes der Großgemeinde Blankenfelde-Mahlow haben in den vergangenen Wochen die Vorschläge zum Wahlprogramm diskutiert, auch in unserer BO hatten die Schwerpunkte breite Zustimmung gefunden.

Einhellig sind wir der Meinung, unseren Abgeordneten, den berufenen Bürgern unserer Partei DIE LINKE gilt der Dank für die Arbeit in der gegenwärtigen Legislaturperiode.

Sie haben viel geleistet, das Ansehen der LINKEN im Gemeindeverband zu stärken. Nicht zuletzt kam das zum Ausdruck in der erfreulich hohen Beteiligung sympathisierender Bürger an der Aussprache über Eckpunkte des Wahlprogramms unserer Partei.

Natürlich konnten auch bei uns nicht alle Vorhaben erfüllt werden, zumal es zu Beginn der Legislaturperiode Irritationen gab und abgesprochene Zusagen bei einigen anderen Abgeordneten bei der Wahl zur Besetzung von Funktionen in der Gemeindevertretung nicht eingehalten wurden. Eine Frak-

tion von fünf Abgeordneten hat eben nur begrenzte Möglichkeiten, eigene Vorhaben durchzusetzen. Umso mehr kommt es darauf an, eine breite Mitarbeit zu organisieren. Unsere volle Unterstützung gilt den Schwerpunkten des Wahlprogramms. Wo das Anliegen unserer Partei als Interessenvertretung der sozial benachteiligten Bürger unserer Gemeinde verankert ist.

So unter anderem den Kindern, deren Familien mit Hartz IV oder von Sozialhilfe leben müssen. Übernahme von Kosten der Schulspeisung z.B., oder kostenfreie Schülerbeförderung. Das Gleiche gilt für die Schaffung von Voraussetzungen zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf Kita- und Hortplätze einschließlich sozial verträglicher Elternbeiträge.

Es entspricht auch unserer Auffassung, die Verantwortung der Gemeinde zu stärken beim Erhalt und der ausreichenden finanziellen und materiellen Ausstattung der Jugendclubs. Gleiches gilt für die Forderung nach Einrichtung von Sozialarbeiterstellen an Schulen und in Jugendclubs, dem Erhalt des

kommunalen Wohneigentums, der kommunalen Einrichtungen WOBAG und MEZ.

Wir unterstützen die Forderung:

- keine weitere Privatisierung von Wohneigentum der Gemeinde.
- die Erhaltung der Lebensqualität unserer älteren Bürger durch entsprechende Einrichtungen wie zu schaffenden altersgerechten Wohnraum bzw. Betreutes Wohnen. Wir freuen uns, dass die Volkssolidarität in unseren Orten aktiv ist, und wir fordern die Erhaltung von Senioren-Begegnungsstätten.

Es werden noch viele andere dringende Punkte in unseren Basisorganisationen beraten und ins Wahlprogramm einfließen. Der Ausbau des BBI wird weiteren großen Einfluss haben auf unseren Gemeindeverband. Auch hier gilt es, die Interessen unserer Bürger zu vertreten.

Die Unterstützung der Kandidaten unserer Partei DIE LINKE ist für uns als Basisorganisation selbstverständlich.

*Günter Pötzsch, BO III,
Blankenfelde*

Fortsetzung von Seite 2

ethnischen Überfremdung kann aber nicht die Rede sein.

Worum geht es also in dem organisierten Medienspektakel gegen die Volksrepublik China?

Der enorme wirtschaftliche Aufschwung Chinas und das damit wachsende Potenzial der Volksrepublik China setzt der Weltherrschaftsambitionen der USA zunehmend Barrieren entgegen. Die erfolgreiche Entwicklung Chinas auf sozialistischem Weg zeigt gleichzeitig den Völkern eine gesellschaftliche Alternative.

Zu Beginn der 90er Jahre formulierte Deng Xiaoping: „... wenn Mitte des nächsten Jahrhunderts (21. Jahrhundert) China wirklich entwickelt ist, dann ist nicht nur der Dritten Welt mit drei Viertel der Weltbevölkerung ein Weg geöffnet.

Was noch wichtiger ist: Es hat der Menschheit aufgezeigt, dass der Sozialismus der einzig gangbare Weg ist, dass der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.“

Eine solche Entwicklung ist für die kapitalistische Welt nicht hinnehmbar.

China durch eine militärische Invasion zu vernichten ist unrealistisch.

Aber zu versuchen, China von innen her zu schwächen, Probleme und Widersprüche zu produzieren und nach dem kolonialistischen „Teile-und-Herrsche-Prinzip“ in ein Chaos zu stürzen, von dieser Strategie verspricht sich der Weltimperialismus sehr viel.

Die reaktionäre religiöse Einstellung des entmachteten Adels und der Dalai Lama-Clique sowie der Lama-Religion bieten dafür einen geradezu hervorragend geeigneten Einstieg. Der

wird gegenwärtig brutal genutzt, finanziert – wie bei allen anderen gegen China gerichteten Aktionen – durch die CIA mit dem Segen des Präsidenten Bush, der Bundeskanzlerin Merkel und anderer Führer westlicher Länder.

China bereitet gegenwärtig die Olympischen Spiele vor. Es wird ein grandioses friedliches Fest der Sportler der Welt werden.

Das darf aber nicht zugelassen werden !!!? Ein solches Bild von China dürfen die Milliarden Zuschauer an den Bildschirmen nicht erhalten. So ist der Zeitpunkt der Unruhen gezielt ausgelöst worden. So soll mit geradezu terroristischen Maßnahmen der friedliche olympische Fackelzug und damit China diskreditiert werden. <

Den dritten und letzten Teil dieses Artikels lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Entlastung der Altanschießer notwendig

Alle Befürchtungen zum umfassenden Rückgriffsrecht auf altangeschlossene Grundstücke an Abwasseranlagen haben sich mit der Anhörung am 16. April 2008 im Ausschuss für Inneres und im Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landtages bestätigt. Die Änderungen im Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg – getroffen im Zweiten Kommunalen Entlastungsgesetz – haben nun weitreichende Folgen, die durch die Urteile des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Dezember 2007 aufgezeigt worden sind. Betroffen sind Bürger, die bereits seit Jahrzehnten abgeschlossen sind, und Unternehmen, denen Bei-tragsforderungen in teilweise zweistelliger Millionenhöhe drohen. Dabei sind besondere Härten für Wohnungsunternehmen zu befürchten, da die Herstellungsbeiträge nicht über die Miete umgelegt werden können. Auch Versorgungsgebiete, die bisher in der Annahme waren, über eine rechtswirksame Satzung zu verfügen, sind vom OVG-Urteil nicht ausgenommen. Daher ist eine landesgesetzliche Stichtagsregelung erforderlich, die sichert, dass Altanschießer nicht mit Herstellungsbeiträgen belastet werden.

Aus diesem Grunde fordert die Linksfraktion mit einem Antrag die Landesregierung auf, bis zum 30. Juni 2008 eine landesgesetzliche Regelung vorzulegen, mit der durch eine Stichtagsregelung gesichert wird, dass Altanschießer keine Herstellungsbeiträge zahlen müssen.

DIE LINKE lehnt Kürzungen der EU-Kommission ab

Mit dem Vorhaben der EU-Kommission, die Agrarbeihilfen für große Agrarbetriebe schrittweise um bis zu 22 Prozent zu kürzen, wird der bishe-

rige Grundkonsens zur Planungssicherheit im Planungszeitraum 2007 – 2013 aufgekündigt.

DIE LINKE lehnt die Vorstellungen der EU-Kommission ab und fordert Planungssicherheit in der beschlossenen Förderperiode. Das ist die Grundlage für Investitionen, für Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum.

Erhöhtes Mitspracherecht bei der Privatisierungspraxis

Das Agrarministerium hat angekündigt, per Verordnung ein erhöhtes Mitspracherecht bei der Privatisierungspraxis der BVVG zu erhalten. Doch diese Verordnung greift entschieden zu kurz.

Die Privatisierungspraxis der BVVG begründet sich in den Bund-Länder-Grundsätzen, die zwischen dem Bundesfinanzminister und den ostdeutschen Ministerpräsidenten vereinbart worden sind. Das war auch der Grund, weshalb die Fraktion DIE LINKE. im Januar 2008 (!) einen Antrag in den Landtag eingebracht hat, wo die Landesregierung aufgefordert worden ist, gegenüber der Bundesregierung initiativ zu werden. Die Privatisierungsgrundsätze der BVVG sollten dahingehend novelliert werden, dass der Erhalt der bestehenden Agrarunternehmen in Brandenburg als wichtiges Strukturelement im ländlichen Raum gesichert wird. Konkret sollten Forderungen des Berufsstandes Beachtung finden, wie die Verankerung eines Einstiegsrechtes des gegenwärtigen Pächters bei Ausschreibungen der BVVG-Flächen, die Anhebung der Grenze der Pächterdirektkaufmöglichkeit für BVVG-Flächen zum Verkehrswert über 450 ha hinaus, die Beachtung regionaler Bodenwerte und die Sicherung der Ermittlung des Verkehrswertes unter Einbeziehung der Kaufpreise aller geeigneten Vergleichsgrundstücke und eben nicht nur die der



BVVG, die nach Höchstgebot veräußert worden sind. Leider ist dieser Antrag durch SPD und CDU abgelehnt worden.

Der nun eingeschlagene Weg der Landesregierung, über eine Verordnung wenigstens die Mitsprache bei der Veräußerung größerer Agrarflächen zu regeln, greift zu kurz, denn ein Mitspracherecht verändert nicht die Privatisierungsgrundsätze und hat deshalb nur eine eingeschränkte Wirkung.

Abgelehnte Anträge der Linksfraktion

Folgende Anträge der Linksfraktion wurden durch die Koalitionsmehrheit von SPD und CDU abgelehnt:

- Gesetz zur Sicherung der Verwertung von WGT-Liegenschaften im Allgemeinen Grundvermögen des Landes
- Entschließungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg“
- Änderungsantrag zum Entwurf für ein „Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg“
- Wohnortnahe Schulstandorte sichern
- Qualität in der Jugend- und Jugendsozialarbeit
- Anforderungen an den 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Fortsetzung auf Seite 5

Schon gewusst?

- Der Ärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern wird immer dramatischer. (Nicht nur dort) Zur Zeit sind 115 Hausarztpraxen nicht besetzt.
- Steffi Hoog (19 Jahre) aus dem Saale-Holzland-Kreis ist Deutschlands beste Molkerin. Sie setzte sich bei den deutschen Meisterschaften gegen 23 männliche Bewerber durch.

- Kult-Getränk „Vita Cola“ auf Erfolgskurs. 56 Millionen Liter werden jährlich in Schmalkalden, Lichtenau und Bad Doberan abgefüllt. Seit 2007 kann man dieses Getränk auch in der alten DDR-Flasche kaufen.
- Ein 22-jähriger Jungunternehmer gehört mit seinen 14 Mitarbeitern zu den größten Arbeitgebern von Naundorf/Bautzen. Er verkauft Ersatzteile für Zweiradkrafträder, die in der DDR produziert

worden sind und verschickt täglich bis zu 300 Paketen in die ganze Welt.

- In Gransee bei Wittstock wurde jetzt ein Storch geortet, der einen Ring mit der Nummer „DDR B 4630-Vogelwarte Hiddensee“ trug. Er wurde 1987 beringt und legte bis jetzt mehr als 700.000 Kilometer zurück.
- Väter nehmen verstärkt Auszeit vom Job. Im Jahr 2007 übernahmen über 70.000 Männer die Kinderbetreuung.

Dieter Werner, Luckenwalde

Fortsetzung von Seite 4

- Situation von ausländischen Studierenden verbessern
- Sozialticket in Brandenburg jetzt einführen
- Landesentwicklungsplan LEP Berlin-Brandenburg – Strukturen der Daseinsvorsorge landesweit zukunftsträchtig sichern
- Im Interesse der weiteren Existenz des sorbischen Volkes in der Bundesrepublik Deutschland: Die Stiftung für das sorbische Volk angemessen finanzieren!
- Kriminalität kontinuierlich bekämpfen – Personalabbau in der Polizei stoppen

on zu Gast. Ihr Anliegen war die wirkliche Unterstützung durch die Landtagsfraktion bei ihrem Protest gegen die Auswirkungen des Flughafens Berlin-Brandenburg-International (BBI). Die Besucher wurden darüber informiert, dass die Fraktion DIE LINKE für die Landtagssitzung im Mai einen Antrag „Für ein wirkliches Bündnis am Boden“ gestellt hat. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von den negativen Auswirkungen, die aus dem Flugverkehr resultieren – unter anderem Gesundheitsgefährdungen – zu erreichen. In diesem Zusammenhang sind den Gemeinden und Landkreisen im Umfeld des Flughafens BBI bei der Ausgestaltung des im „Gemeinsamen Struktur-



Landkreise kurz-, mittel- und langfristig mit finanziellen Mitteln des Landes zu unterstützen. Über die Teilschritte des Dialogprozesses, seine Ergebnisse sowie die Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung ist dem Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung regelmäßig zu berichten. <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax:
0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:
BueroLukWehlan@aol.com

Parteimitglieder zu Gast bei der Landtagsfraktion



Auf Einladung des Parlamentarischen Geschäftsführers der Landtagsfraktion DIE LINKE., Christian Görke, waren am 14. Mai 2008 Mitglieder aus den Basisorganisationen Blankenfelde, Mahlow und Dahlewitz bei der Frakti-

konzept Flughafenumfeld Berlin-Brandenburg-International“ vereinbarten Vorteils-Nachteils-Ausgleichs konkrete Hilfen zu geben. Die Landesregierung soll darstellen, welche Möglichkeiten es gibt, die Gemeinden und





Diana Golze hat das Wort

Breitbandlücken schließen

Über 2.500 Gemeinden und etwa fünf bis sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in Deutschland keinen Zugang zum schnellen Internet (Mindestübertragungsrate von einem Mbit/s). Betroffen sind vor allem Haushalte in ländlichen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland. Hier lässt sich nicht genug Gewinn erwirtschaften, darum wird die notwendige DSL- oder andere Netzinfrastruktur nicht ausgebaut. Es kann aber nicht sein, dass die Unternehmen auf den profitablen Ausbau in Ballungszentren spekulieren, die ländlichen Räume im Stich lassen und die kostenträchtige Versorgung dem Staat und damit den Steuerzahlern überlassen wird. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. stellte in diesem Zusammenhang in einer Kleinen Anfrage (Drucksache 16/8247) an die Bundesregierung mehrere Fragen zu dieser Thematik.

Für diese Anfrage liegt die Antwort der Bundesregierung als Drucksache 16/8517 vor. Wir fragten die Bundesregierung, ob aus ihrer Sicht die mangelhafte Versorgung mit Breitbandanschlüssen in vielen Regionen die Gefahr einer teilweisen Abkapselung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger darstellt. In der Informationsgesellschaft ist die flächendeckende Verfügbarkeit von Breitband-Internet ein zentraler Eckpfeiler, liest man aus der Antwort heraus. Der Breitbandmarkt ist nicht nur ein dynamisches Wachstumssegment des Telekommunikationssektors, er stellt zugleich

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

auch eine entscheidende Ressource zur Verbesserung der Effizienz der übrigen Wirtschaftssektoren dar. Das Breitband-Internet ist auch in Hinblick auf die Verbesserung der Standortqualität ländlicher Regionen relevant. Gleichzeitig eröffnet es allen die Chance, an der Informationsgesellschaft teilzuhaben, so die Bundesregierung.

Nach der Privatisierung der Deutschen Telekom wird das Gros der Telekommunikationsdienstleistungen als privatwirtschaftliche Tätigkeit erbracht.

Somit wird auf Grundlage betriebswirtschaftlicher Faktoren entschieden, wo und zu welchen Konditionen es sich lohnt, diese Dienstleistungen zu erbringen. Ballungsräume weisen mit Blick auf Kostenfaktoren und Nachfragebedingungen Vorteile gegenüber dünn besiedelten Räumen auf. Darum finden wir hier eine bessere Versorgung zu günstigeren Konditionen. Unterschiede zwischen Ballungen und ländlichen Gebieten werden sich in dieser marktwirtschaftlichen Ordnung auch in Zukunft nicht vermeiden lassen, erklärt die Bundesregierung. Darum halte ich die Privatisierung der Telekom tödlich für die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen – bezogen auf die Versorgung mit Breitband. Politik muss durch geeignete Maßnahmen versuchen, die Kluft zwischen Stadt und Land nicht zu groß werden zu lassen.

Seit 2008 fördern Bund und Länder die Breitbandversorgung ländlicher Räume aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Die bestehenden GAK-Förderungsgrundsätze zur Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) wurden dazu um die Breitbandförderung erweitert (ILE-Teil B), wird von der Bundesregierung erläutert. Weiterhin wird erklärt, dass über einen Dreijahreszeitraum mindestens 50 Mio. Euro aus Bundes- und Landesmitteln

zur Verfügung stehen. Damit können diejenigen Breitbandinvestitionskosten bezuschusst werden, die in der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Netzbetreiber zur Refinanzierung nicht gedeckt sind.

Gefördert wird die Verlegung oder Verbesserung der erforderlichen Einrichtungen bis einschließlich der Verteilereinrichtungen. Zuwendungsempfänger sind Gemeinden und Gemeindeverbände. Mit Ausnahme von Hamburg, Bremen und Berlin werden alle Länder die Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume im Rahmen der GAK ermöglichen. Eine Zusammenstellung aller Möglichkeiten zur finanziellen Förderung breitbandiger Infrastrukturen in bisher unversorgten Regionen (europäische Mittel, Bundes- und Ländermittel) wurden auf dem Breitbandportal veröffentlicht. (www.zukunftbreitband.de)

Ohne das Breitband werden die Menschen in ländlichen Räumen von den Möglichkeiten des Internet und damit der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe abgeschnitten, kleine Gewerbetreibende in ihrer Existenz gefährdet, Entwicklungschancen ganzer Regionen beeinträchtigt. Für einen schnellen flächendeckenden Breitbandausbau muss der Druck auf die Unternehmen erhöht werden.

Die Telekommunikationskonzerne sind zu verpflichten, einen Teil ihrer Gewinne in den flächendeckenden Ausbau mit Breitbandanschlüssen zu stecken. Dazu fordert DIE LINKE. in einem Antrag (Drucksache 16/8195), den Breitbandanschluss in den Universaldienst im deutschen Telekommunikationsgesetz und in der europäischen Universaldienstrichtlinie aufzunehmen. <



KOMMUNALWAHLEN

Wir sind gekommen um zu bleiben

Am 16. Mai 2008 hat sich in Rangsdorf eine neue Basisgruppe des sozialistischen, antifaschistischen, basisdemokratischen und feministischen Jugendverbandes Linksjugend[solid] gegründet.

Aufgrund der immer weiter voranschreitenden Präkarisierung, auch im Jugendbereich, sehen wir, die Basisgruppe Linksjugend[solid] Teltow-Fläming Nord, unseren Schwerpunkt vor allem im Bereich der Bildungs- und Jugendpolitik.

Wir sprechen uns für eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems aus und kämpfen für die Schaffung einer Einheitsschule, in der Konkurrenzdruck sowie Aussortierung nach der 4. bzw. 6. Klasse ein Fremdwort sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die bestehenden Jugendprojekte erhalten und gefördert und gleichzeitig neue angeboten werden.

Warum verhungert alle drei Sekunden ein Kind? Warum gibt es in einem hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland mehr als zwei Millionen Kinder, die unter der Armutsgrenze leben? Warum lässt mensch es zu, dass Kinder in Asien für einen Lohn von 0,14 Euro in der Stunde Kinderspielzeug für das Mc Donalds Happy Meal herstellen? Für diese Fragen gibt es in unseren Augen keine Antworten? Und gerade deshalb lehnen wir den Kapitalismus in seiner jetzigen Form ab. Er ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Aus diesem Grunde kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der Geld nicht alles ist, in der Menschen friedlich und frei miteinander leben können ohne sich die Köpfe einzuschlagen und sich gegenseitig zu unterdrücken. Wir wollen nicht weiter zugucken, dass Menschen ausgebeutet werden und nur auf einen Wert für die Produktion herabgestuft werden.

Wir stehen für einen internationalen demokratischen Sozialismus, der die Menschen nicht nach ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrem Geschlecht diskriminiert und ausgrenzt. Nationen wurden geschaffen, um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und sie dadurch zu spalten, damit mensch sie besser ausbeuten kann. Wir begrüßen das Zusammenrücken der Staaten, vor allem in Europa, jedoch kritisieren wir ganz heftig die derzeitige Politik der Europäischen Union, die auf Wirtschaftsliberalismus und Abschiebung basiert.

linksjugend [solid]

Wir möchten kämpfen für ein Leben, wo jede/r gleichberechtigt seine Ziele in einem menschlichen Rahmen verwirklichen kann.

Jede/r, die/der Interesse hat mitzumachen, kann sich auf bei uns per Mail solid-tf@web.de oder über unsere Internetseite <http://www.solid-tf.de.vu> melden. Wir freuen uns, wenn ihr mal vorbeischaut.

Linksjugend[solid]
Teltow-Fläming Nord

Gedenken in Jüterbog



Peter Anders und Reinhard Fromm

Die Tradition, am 8. Mai der Befreier vom Faschismus zu gedenken, wird auch in Jüterbog gepflegt. Genossinnen und Genossen des Regionalverbandes, Sympathisantinnen und Sympathisanten, aber auch Mitglieder der DKP gedachten am Ehrenmal am Dammtor der Gefallenen der Roten Armee. Maritta Böttcher, Vorsitzende des Regionalverbandes, machte in ihren Worten sehr deutlich, warum der 8. Mai für uns ein Tag der Befreiung ist. Ursachen und Folgen des Faschismus dürfen weder geleugnet noch verherrlicht werden. Dem immer spürbarer werdenden Rechtsextremismus darf kein Raum zur Entfaltung gegeben werden.

Petra Haase, Jüterbog

Ferienlager

Der Jugendfreizeitverein Fläming e.V. bietet für sein diesjähriges Sommerferienlager für Kinder im Alter von sieben bis zwölf Jahren im Zeitraum vom 18. - 27. Juli noch einige freie Plätze an.

Die Reise geht in das Kindererholungszentrum Querxenland nach Seifhennersdorf. Anmeldungen sind unter der Rufnummer 03371/642863 bei Herrn Thier möglich. <

Kämpfen für Arbeit

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Zunehmende Armut ist Ergebnis der Regierungspolitik

Die alarmierenden Zahlen im Armuts- und Reichtumsbericht sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis der Regierungspolitik von Rot-Grün bis Schwarz-Rot. Hartz-IV-Repression, Druck auf die Löhne, Kinder als Armutsrisiko, Mehrwertsteuer-Erhöhung und Rentenkürzung auf der einen Seite stehen Steuererleichterungen für Vermögende und Konzerne, maßlose Managergehälter, Renditejagd und Privatisierungswahn auf der anderen Seite gegenüber.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, weil die herrschende Politik dies nicht nur zulässt, sondern befördert. In zehn Jahren Regierungszeit der SPD hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre auf 800 000 verdoppelt. Statt sich mit dem Bart von Kurt Beck zu beschäftigen, muss Arbeits- und Sozialminister Scholz endlich seine Hausaufgaben machen. Wer Armut nicht nur konstatieren, sondern bekämpfen will, muss die Hartz-IV-Sätze auf 435 Euro anheben, eine eigenständige Kindergrundsicherung schaffen, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 Euro wie in Frankreich einführen, die Rente armutsfest machen und kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten. Das Geld dafür ist ohne Weiteres vorhanden, wenn Konzerne, Vermögende und Bestverdienende wieder angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, statt ihnen weitere Milliarden Geschenke zu machen wie Anfang dieses Jahres mit der Unternehmensteuerreform.

Eine starke LINKE für eine andere, bessere Politik

Diese Überschrift trägt der Leitantrag, der am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus auf dem 1. Parteitag der Partei DIE LINKE beraten und beschlossen wor-

den ist. Dort heißt es: „Wie keine andere Partei hat die neue LINKE nach ihrem Wahlerfolg 2005 die Politik im Land verändert. Erst in Bremen und jetzt auch in Niedersachsen, Hessen und Hamburg haben die Bürgerinnen und Bürger eine neue politische Kraft, DIE LINKE, in die Landesparlamente gewählt. Die vertrauten parlamentarischen Wechselspiele zwischen dem schwarz-gelben Lager und dem rot-grünen Lager funktionieren nicht mehr; mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger wollen einen darüber hinausgehenden Wechsel in der Politik.“

Auch Fragen, wie „Gibt es Freiheit für eine linke Partei, die das Erbe der SED antritt?“ sind diskutiert werden. Freiheit ist das Recht eines jeden Menschen, sein Leben so weit wie möglich selbst zu bestimmen. Die Grenze ist nur durch das gleiche Recht des



anderen gegeben. Mir geht es nicht nur um politische Freiheiten wie Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung, sondern auch um soziale Freiheit. Ein Mensch, der Angst hat, am Monatsende nicht die Miete und die Stromrechnung zahlen zu können, der nicht weiß, ob genügend Geld übrig ist, um seine Nahrungsmittel zu zahlen, der ist nicht frei. Oder was nutzt einem Aids-Kranken in Afrika die Pressefreiheit?



Der braucht eine gesundheitliche Versorgung. Wir brauchen beides: soziale Grundrechte und politische Freiheit. Der demokratische Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Ich fürchte, dass noch viel Zeit ins Land geht, bis wir dahin kommen. Aber schon heute und morgen müssen wir alles versuchen, um Ausbeutung und Unterdrückung abzubauen.

Verfassungsschutzbericht 2007

Generell ist für uns völlig inakzeptabel, dass DIE LINKE im Bericht des Verfassungsschutzes überhaupt vorkommt – egal, ob ein Zusammenschluss oder eine einzelne Genossin oder ein einzelner Genosse. Ich betrachte es als eine Unverschämtheit, dass DIE LINKE in diesem Bericht enthalten ist. Wir sehen es so, dass es sich hier um einen Missbrauch des Verfassungsschutzes für politische Zwecke handelt. Die CDU ist offensichtlich nicht in der Lage, die politische Auseinandersetzung mit uns zu führen, sondern missbraucht hier die Behörde. Es ist eine völlig falsche Maßnahme öffentlicher Beschäftigung. Es ist der Versuch, Mitglieder unserer Partei zu diskreditieren.

Wir sind als Partei im Europaparlament, im Deutschen Bundestag, in Fraktionsstärke in zehn Landtagen, in vielen Kommunen vertreten. Wir stellen Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte. Eine solche Partei zu beobachten, die in politischer Verantwortung in diesem Land agiert, ist nicht zu akzeptieren. <

Kreistags-sitzung vom 28. April 2008

Es war zu nicht zu übersehen, die Wahlperiode geht zu Ende. Nicht nur deshalb, weil die Kreistagsabgeordneten zu einem Abschlussfoto gebeten wurden, sondern auch wegen der hektischen Aktivitäten, die einige Fraktionen an den Tag legten, als ob alle Versäumnisse aus der Vergangenheit bis zu den Kommunalwahlen aufgeholt werden sollten. Die Mitglieder der sogenannten Koalition (SPD/CDU/Bauernverband/FDP) folgten in der Regel bisher fast immer den Vorschlägen der Kreisverwaltung, soziale Fragen waren dabei uninteressant. Zum Ende der Wahlperiode wird nunmehr eine andere Taktik eingeschlagen. Das ist auch der Tatsache



geschuldet, dass zwischen den Fraktionen SPD und CDU die Chemie nicht mehr so stimmt. Deshalb stieg einerseits in den letzten Kreistags-sitzungen die Anzahl eigenständiger Anfragen und Anträge der CDU und zum anderen wurden aus der SPD-Fraktion heraus eigene Anfragen und Anträge gestellt, die sicher von vornherein den Intentionen des Landrates entsprachen. Aber es wirkt nach außen eben besser. Ich kann mich an Kreistags-sitzungen erinnern, bei denen nur die PDS/LINKE aktiv war und von den anderen Abgeordneten nicht eine Äußerung erfolgte. In letzter Zeit wurden auch häufiger soziale Probleme angesprochen, weil der Landrat nach eigener Aussage ein Herz für die sozial Schwachen entdeckt hat und das Thema für sich in Anspruch nehmen will. Das geht natürlich nur bis zu einem gewissen Grade. Als in der Bürgerfragestunde Michael Maurer von den „Überflüssigen“ aus Jüterbog Fragen zur Arbeitsweise von Mitarbeitern der Arge stellte und auch sachlich begründen wollte, wurde der Landrat ungehalten, und der Fragesteller konnte sein Recht nicht wahrnehmen. Für DIE LINKE. stellten all diese Spielchen keine Probleme dar, denn wir waren ohnehin in der ganzen Wahl-

periode die Aktivsten im Interesse der Bürger. Allein zehn Nachfragen zu Anfragen der Fraktion der LINKEN standen auf der Tagesordnung dieses Kreistages. Ohnehin sind uns parteipolitische Querelen zuwider, wenn es um die Sache der Bürger geht. Ein Beispiel von vielen soll hier genannt werden: Unsere Fraktion hatte einen Antrag zur Anwendung der Leistungen für Unterkunft und Heizung bei Hartz-IV-Empfängern aufgrund einer neu in Kraft getretenen rigiden Richtlinie der Kreisverwaltung gestellt. Offensichtlich passte das der Koalition

nicht, denn es gab postwendend einen Dringlichkeitsantrag, die Richtlinie auf ihren Bestand zu überprüfen. Na bitte, um eine Verbesserung für die Betroffenen Hartz-IV-Empfänger zu erreichen, kann uns ein Konsens nur recht sein. Wir setzten unseren Antrag aus (Wir zogen unseren Antrag nicht zurück, wie es in der Presse hieß.) und gehen davon aus, dass eine Überarbeitung in die richtige Richtung für die Betroffenen geht. Auf unseren Antrag hin berichtete der Flughafenkoordinator zum aktuellen Stand der Maßnahmen zur Verringerung der Belastungen für die Bürger, die durch den Großflughafen BBI entstehen werden. Ich hielt den Bericht für unzureichend, was auch besonders von unserer Seite mehrere Nachfragen erforderte. Natürlich muss man auch bedenken, dass ein Beauftragter des Kreises sich einmischen soll und bei Entscheidungen zum Umwelt- und Lärmschutz Mitsprache einzufordern bei der BBI-Verwaltung nicht sehr gelitten ist. Die Wahlperiode geht zu Ende. Über die Bilanz, welche Ergebnisse die Fraktion DIE LINKE. für die Bürger erreicht hat, wird im Wahlkampf noch zu reden sein. Eines kann man jetzt schon konstatieren: Wir haben uns nicht verbogen und nicht lanciert, so sollte es auch in Zukunft bleiben.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Gregor Gysi:

Zur Politik in Berlin

Erfolge, an denen die Berliner LINKE maßgeblich beteiligt ist:

- Für den Doppelhaushalt 2008/2009 mussten keine neuen Schulden aufgenommen werden; mit der Schuldentilgung konnte begonnen werden.
- In Berlin wird ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufgebaut (1300,00 Euro monatlich; Beschäftigungsverhältnisse für die am schwersten zu vermittelnden Arbeitslosen).
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Berlin müssen alle Unternehmen Tariflohn bzw. Mindestlohn von 7,50 Euro zahlen.
- Bürgerbegehren und Volksentscheide wurden in die Berliner Verfassung aufgenommen.
- Das kommunale Wahlalter wurde auf 16 Jahre festgelegt.
- Über 90 Prozent der Kinder besuchen einen Kindergarten, über 95 Prozent im Jahr vor der Einschulung.
- Für alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung ist der Kita-Besuch beitragsfrei.
- Sozialticket für Bus und Bahn zum halben Preis (wird bei Preissteigerungen nicht erhöht) für Arbeitslose, Rentner mit Grundsicherung, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber, ebenso kostenlose Bibliotheksbenutzung und das Kulturticket für nur drei Euro (Opern- und Theaterkarten, die bis eine Stunde vor Vorstellungsbeginn nicht verkauft wurden).
- Projekt Gemeinschaftsschule gestartet: Für 23,00 Euro monatlich gibt es seit Januar 2008 ein warmes Mittagessen – vorher zahlten viele Eltern 40,00 Euro monatlich.
- Die Sparkasse bleibt öffentlich-rechtlich.
- Laut Koalitionsvertrag darf kein einziges Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden.

Aus „Clara“ – Magazin der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Nr. 7/08 von Christa Zernick

Kommunalwahlen 2008

Unser Kandidat Felix Thier



Marianne: Bei dem Familienfest am 1. Mai hast Du von der Bühne mehr Politikinteresse von der Jugend eingefordert.

Felix: Mit Sorge bemerke ich, dass immer mehr Jugendliche den Landkreis verlassen. In der Region leben überwiegend Ältere. Das bedeutet aber, dass damit die Zukunft verloren geht. Ich will das nicht so einfach hinnehmen, weil ich der Meinung bin, dass wir dagegen etwas tun können. Während meiner Schulzeit am Gymnasium Luckenwalde und durch mein Elternhaus wurde mein Interesse an der Politik geweckt. Ich habe gelernt, dass Toleranz und Demokratie wichtige Voraussetzungen sind, um Jugendliche für eine Sache zu begeistern. Leider sieht die Wirklichkeit meist anders aus. Ich habe große Achtung vor den Leistungen der älteren Generation, aber ich möchte auch nicht, dass nur Menschen jenseits der 50 Politik für die Jugend machen. Ich möchte auch etwas dafür tun, dass sich Jugendliche ihre Zukunft selbst gestalten können. Und eine Sache macht mir Angst. Ein nicht zu unterschätzender Teil junger Menschen fühlt sich zum rechten Gedankengut hingezogen. Das dürfen

wir als LINKE, genauso wenig wie alle anderen demokratischen Kräfte, nicht zulassen.

Marianne: Du selbst willst mit gutem Beispiel vorangehen. Was willst Du tun?

Felix: Ich tue schon einiges. Ich gestalte beispielsweise die Internetseite unseres Kreisverbandes und auch für den Internetauftritt des Gebietsverbandes Luckenwalde bin ich verantwortlich. Das Internet ist das Medium der Zukunft, und besonders Jugendliche informieren und identifizieren sich damit. Ich bin außerdem Mitglied der Redaktionskommission unserer Zeitung und übernehme die Verteilung der Zeitung für einen Teil unserer Leser in Luckenwalde. Parallel zu den aufgezählten Tätigkeiten studiere ich an der Freien Universität in Berlin im zweiten Semester Jura. Nun bin ich gefragt worden, ob ich für den Kreistag kandidieren würde, und ich habe mich dazu bereit erklärt.

Marianne: Du willst für DIE LINKE kandidieren, das ist mutig. Warum hast Du Dich für diese Partei entschieden?

Felix: Du findest das mutig? Für mich ist es eigentlich nur konsequent. Ich gehöre unserer Partei nicht an, aber ich identifiziere mich mit ihren politischen Zielen. Soziale Gerechtigkeit, Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel und die Chance mit selbstverdientem Geld ein selbstbestimmtes Leben in Würde und nicht in Armut zu führen, um nur einige zu nennen, entspricht auch meiner Auffassung von der Zukunft.

Es gibt auch bei mir an der Universität linke Hochschulgruppen, die sich jedoch, bedingt durch die Bildungshoheit der Länder, mehr für die Politik des Senats in Berlin interessieren. Sicher-

lich nicht falsch - doch ich bin Brandenburger. Brandenburg ist ein sehr schönes Land, und auch unser Landkreis hat in jeder Hinsicht vieles zu bieten, was ein Leben hier sehr lebens- und lohnenswert machen würde, auch für junge Menschen. Dafür würde ich im Falle meiner Wahl gern arbeiten und kämpfen. Deshalb interessieren mich Politikfelder wie Tourismus und Umwelt oder auch die Bildungs- und Schulpolitik. Wünschen würde ich mir auch, dass die Toleranz und Akzeptanz in der Politik untereinander zum normalen Arbeitsstil gehören und Vorschläge, egal von welcher demokratischen Partei sie kommen, geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden – denn das ist Demokratie. Ich brauche schließlich auch die Meinungen und Ideen der anderen, da niemand unfehlbar ist. Aber vorerst werde ich wohl noch lernen müssen, mit teilweise auch unge-rechtfertigter Kritik umzugehen – Realpolitik eben.

Marianne: Felix, ich wünsche Dir sehr, dass Dir die Gelegenheit gegeben wird, Deine Ideale und Ziele durchzusetzen und dass sich auch andere Jugendliche von Deinem Elan mitreißen lassen.

Danke für das Gespräch!

Marianne Richter, Luckenwalde

Unsere Zeitung ist in der Bundesarbeitsgemeinschaft für linke Medienmacher „rote reporter“ vertreten.



Nachträglich

gratulieren wir herzlich unseren Genossen Biruta und Gerhard Schlag zu ihrer Goldenen Hochzeit.



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Der deutsche Milchmarkt: 61 Cent kostet zur Zeit ein Liter Milch im Einzelhandel, davon erhält 10 - 15 Cent die Molkerei, 10 - 15 Cent sind Steuern, Abgaben, Transport, 6 Cent verdient der Handel, und nur 30 Cent bleiben für den Landwirt.
- Sachsen-Anhalt: 14 bis 20 Prozent der Bevölkerung sind arm oder armutsgefährdet.
- Der Bundestag lehnt Entschädigungen für NS-Opfer ab.
- In Deutschland leben etwa zweieinhalb Millionen Kinder auf Armutsniveau.
- Kinder von Hartz-IV-Empfängern erhalten nur sechzig Prozent des Regelsatzes.
- Allein erziehende Hartz-IV-Empfänger erhalten für jedes Kind zwischen eins und sieben Jahren einen Mehrbedarf; ist das Kind sieben Jahre alt, sinkt die Summe des Mehrbedarfs um fast siebzig Prozent.
- Rentner erhalten nur 1,1 % Erhöhung, ein „Riesengeschenk bei Renten unter 1000,- Euro“.

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

Glückwünsche

Liselotte Fischer in Sperenberg zum 79. Geburtstag am 05.06.
Herbert Weise in Rangsdorf zum 94. Geburtstag am 11.06.
Walter Weber in Schöna-Kolpien zum 79. Geburtstag am 13.06.
Achim Reichardt in Rangsdorf zum 79. Geburtstag am 15.06.
Marianne Weckener in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 16.06.
Gertraude Schenk in Luckenwalde zum 74. Geburtstag am 18.06.
Paula Neubauer in Ludwigsfelde zum 94. Geburtstag am 19.06.
Gisela Schmidt in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 20.06.
Otto Fritsche in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 20.06.
Hans-Joachim Hübener in Luckenwalde zum 73. Geburtstag am 21.06.
Manfred Kuhnt in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 23.06.
Heinz Thymian in Klausdorf zum 76. Geburtstag am 13.06.
Kurt Dammüller in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 27.06.
Maria Scharf in Ludwigsfelde 78. Geburtstag am 02.07.
Horst Koletzky in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 02.07.
Manfred Müller in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 02.07.
Johannes Schmidt in Jüterbog zum 79. Geburtstag am 04.07.
Willi Hilka in Blankenfelde zum 81. Geburtstag am 05.07.
Ilse Krone in Luckenwalde zum 74. Geburtstag am 06.07.
Wolfgang Meier in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 06.07.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

Günter Dietze in Ludwigsfelde zum **80.** Geburtstag am 14.06.
Ingeborg Grabow in Dahlewitz zum **75.** Geburtstag am 15.06.
Klaus Tieseler in Blankenfelde zum **70.** Geburtstag am 18.06.
Ingeborg Hahn in Luckenwalde zum **85.** Geburtstag am 22.06.
Horst Wende in Baruth/Mark zum **70.** Geburtstag am 27.06.
Bernd Hillner in Jüterbog zum **70.** Geburtstag am 28.06.
Heinz Irrgang in Zossen zum **90.** Geburtstag am 01.07.
Ingeborg Kliemann in Großbeeren zum **80.** Geburtstag am 09.07.

Mahnung und Verpflichtung

Vergessen ist ein Mensch erst dann, wenn sich niemand mehr an ihn erinnert. Diese Wahrheit kennen viele von uns.

Nur DIE LINKE erinnerte am 8. Mai 2008 in Städten von Teltow-Fläming an den Tag der Befreiung vom Faschismus.

Angesichts der zunehmenden Leugnung des Holocaust, der massenhaften Vernichtung Andersdenkender durch die Faschisten haben alle demokratischen Kräfte eine Verpflichtung:

Erinnern wir immer wieder daran, was faschistische Diktaturen an Verbrechen begangen haben. Denn auch die folgenden Generationen dürfen diese Vergangenheit nicht vergessen, damit solches Grauen sich nicht wiederholt und das braune Gedankengut keine Zukunft mehr hat.

Das sind wir den Opfern und auch unseren Kindern schuldig!

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Termine

10.06.08 18.30 Uhr
Koordinierungsrat Ludwigsfelde
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

11.06.08 10.00 Uhr
AG Senioren
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

16.06.08 18.00 Uhr
Bildungsabend mit Dr. Ulryk
Gruschka: China - Tibet- Menschenrechte
Geschäftsstelle Luckenwalde

18.06.08 14.00 Uhr
Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

19.06.08 16.30 Uhr
Fraktionssitzung Jüterbog
Geschäftsstelle

19.06.08 18.00 Uhr
Jüterboger Gespräche

21.06.08 09.30 Uhr
Kreisvertreterkonferenz
Kreishaus Luckenwalde

23.06.08 19.00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

28.06.08 09.30 Uhr
Mitgliederversammlung
im „Eckbusch“ Luckenwalde

Demokratieverständnis

Drum predigt man dem Volk Verzicht, nur für Kapitalvertreter gilt das nicht. Die ziehen voll Geldgier an den Fäden, woran die „Volksvertreter“ schweben.

Jetzt wird der Bahn-Fuhrpark verscheuert, später die Fahrkarten verteuert. So kann man dann mit Dividenden prahlen, für die Gleise soll das Volk bezahlen.

Das Tafelsilber ging so flöten, soziale Kassen sind in Nöten. Fällt unser Volk mal aus der Rolle, verstärkt Herr Schäuble die Kontrolle.

Damit das Grundgesetz verliert an Wert, wurde der Vertrag von Lissabon besichert. Kann dann der Sicherheitsrat erst tagen, braucht keiner mehr das Parlament zu fragen.

Dann wird diktiert und Krieg gemacht, des Volkes Leid wird nicht geacht. Drum zieht aus vergangener Zeit die Lehren und fangt an, dem Unheil jetzt zu wehren.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Erster Bundesparteitag

Am 25. und 26. Mai 2008 fand in Cottbus der erste Bundesparteitag der LINKEN statt. Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt in der nächsten Ausgabe. <

Regierung verschärft Ungerechtigkeit

Noch immer sind in Deutschland 3,6 Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Das sind 30 Prozent mehr als 1991, 26 Mal so viele wie 1971! Und: Die Bilanz ist noch geschönt. Das gibt die Bundesagentur für Arbeit selbst zu. 3,2 Millionen Arbeitslose tauchen in der Statistik gar nicht auf. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in der Leiharbeit und im Niedriglohnsektor. Aber die Regierung verweist stolz auf diese Zahlen. „Dabei ist es möglich, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken“, sagt Axel Troost (DIE LINKE).

Sein Rezept: ein langfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm und Arbeitszeitverkürzung. Wenn die Produktivität wachse, so der Finanzexperte, „kann’s kurze Vollzeit für alle ohne Reallohneinbußen geben“. In Deutschland schrumpfen die Einkommen der Arbeitslosen und Beschäftigten. Ihr Anteil am Volkseinkommen beträgt nur noch 64 Prozent. 1995 waren es noch 71 Prozent. Die Einnahmen aus Gewinnen und Vermögen steigen von 29 Prozent im Jahr 1995 auf heute 36 Prozent. Die Steuerpolitik der Bundesregierung verschärft diese Ungerechtigkeit. Die Nettogewinne, also die Gewinne nach Steuern und staatlichen Zuschüssen (Subventionen), lagen 2007 höher als die Bruttogewinne. Im Klartext: Statt durch Steuern das Gemeinwesen zu unterstützen, haben viele Konzerne und ihre Aktionäre abkassiert. Dieser Steuerverlust bremse auch das Wirtschaftswachstum, so Troost. Er fordert mehr Steuern von Unternehmen und Reichen, um Arbeitsplätze zu schaffen und öffentliche Dienstleistungen auszubauen.

Aus: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Nr. 9

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 14. Mai 2008, der nächsten Ausgabe: 18. Juni 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.